

# Vortragsveranstaltung Wirtschaftsunioren Dachau

---

**Donnerstag, 01.07.2010 um 19:00 Uhr**

Volksbank Raiffeisenbank Dachau, Vortragsraum

Augsburger Straße 33-25, 85221 Dachau

---

## Wie viel Soziales verträgt die Marktwirtschaft?

---

**Randolf Rodenstock**

Vorstandsvorsitzender

Roman Herzog Institut e. V.

---

Redezeit: 20-25 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

herzlichen Dank für die Einladung nach Dachau, dem einstigen Wohnort unseres Alt-Bundespräsidenten und Ehrenvorsitzenden des Roman Herzog Instituts. Nicht umsonst trägt unser Institut seinen Namen: Inspiriert durch die Fähigkeit Roman Herzogs, gesellschaftspolitische (Fehl-)Entwicklungen klar beim Wort zu benennen, war es der gemeinsame Wunsch aller Beteiligten, bei Gründung des Roman Herzog Instituts eine Plattform – im Sinne eines Think-Tanks – zu schaffen, wo ein freies Nach-, Vor- und Querdenken zur Regel werden sollte.

Es liegt auf der Hand, dass in einer immer komplexer werdenden Welt es nicht mehr genügt, Probleme nur aus einer Perspektive zu betrachten. Der Blick muss heute über den Tellerrand hinausgehen, weswegen wir vor allem die Themen im RHI interdisziplinär behandeln.

Im Mittelpunkt unseres Nachdenkens steht die „Zukunft der Arbeit“, also die Frage, wie wir morgen leben und arbeiten werden. Diese Auseinandersetzung führte zwangsläufig dazu, dass wir sehr schnell auf Grundfragen und Sinnfragen bei unserer

Werteordnung, unserem Fundament, der Sozialen Marktwirtschaft, stoßen.

Die Reflexion über die Ethik des Wirtschaftens und über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft erscheint uns heute wichtiger denn je.

In den vergangenen Monaten haben wir uns aus verschiedenen Perspektiven und Blickwinkeln mit dem schwierigen und brisanten Thema der Gerechtigkeit auseinander gesetzt. Unser Anliegen war dabei, ein fundiertes und differenziertes Verständnis von Gerechtigkeit in die öffentliche Diskussion einzubringen, das nicht rückwärts gewandt ist. Vielmehr haben wir die Notwendigkeit erkannt, dass wir einen Begriff von Gerechtigkeit benötigen, der uns in die Zukunft trägt und der zur Zukunft der Arbeit im 21. Jahrhundert passt.

Ich werde heute Abend versuchen, einige Erkenntnisse aus unseren Untersuchungen zu verbinden mit der Frage, die Sie mir gestellt haben:

„Wie viel Soziales verträgt die Marktwirtschaft?“

Die Fragestellung an sich ist schon provokant. Beinhaltet sie doch einen Widerspruch, wo im

Grunde keiner besteht. Denn wie sagte schon Ludwig Erhard:

*„Je freier die Wirtschaft, umso sozialer ist sie auch.“*  
(Ludwig Erhard) <sup>1</sup>:

#### Soziale Marktwirtschaft – eine Erfolgsgeschichte der Vergangenheit

Diese soziale „freie“ Marktwirtschaft ist eine einzigartige Erfolgsstory. Sie hat in den vergangenen 60 Jahren einen wahren Siegeszug zurückgelegt.

Das Ausmaß der historischen Tat von Ludwig Erhard, der Einführung der sozialen Marktwirtschaft, ist kaum zu überschätzen<sup>2</sup>:

- Deutschland ist nach den USA, Japan und China die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt.
- Im internationalen Vergleich hat Deutschland nach Dänemark und Schweden die geringsten Ausschläge in der Einkommensverteilung.

---

<sup>1</sup> Quelle: Alfred Mierzejewski: Ludwig Erhard, der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft, Biografie 2005

<sup>2</sup> Wirtschaftswoche / INSM, Armes Deutschland, S. 10 ff

- Für einen Liter Bier musste man 1948 mehr als eine Stunde arbeiten gehen. Heute reichen im Schnitt sechs Minuten.

Dabei haben wir für unseren Wohlstand nicht einmal mehr gearbeitet:

- Die Wochenarbeitszeit ist seit 1950 um knapp zehn Stunden gesunken, die Anzahl der Urlaubstage hat sich mehr als verdoppelt.

Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist objektiv messbar. Und einen großen Anteil daran hat die wirtschaftliche Freiheit gehabt.

Alles also in bester Ordnung mit unserer freien und sozialen Marktwirtschaft, könnte man fragen?

Schön wär's: Heute ist Vieles nicht mehr sozial, Vieles ist nicht mehr Markt in unserem Wirtschaftssystem. Laut Definition bezeichnet Marktwirtschaft eine Wirtschaftsordnung, die – im Gegensatz zur Planwirtschaft – auf Angebot und Nachfrage beruht, welche wiederum sich im Wettbewerb über den Preis ausgleichen. Zu den ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gehören das Recht auf Eigentum, Freiheit, Solidarität und Subsidiarität sowie der Wettbewerb.

Dieses eigentliche Modell der Sozialen Marktwirtschaft ist in unserem Land über die Jahre auf problematische Weise deformiert worden. Schon lange vor der Krise konnte unser Ordnungssystem nicht sein volles Potenzial entfalten, da Markt und Wettbewerb in vielen Bereichen stark beschnitten worden waren. Eine Folge auch, wage ich zu behaupten, eines rückwärts gewandten Verständnisses dessen, was das „Soziale“ an der Marktwirtschaft auszeichnet.

#### Was ist das „Soziale“ an der Marktwirtschaft?

Der Begriff des Sozialen hat ähnlich wie der Begriff der Gerechtigkeit eine umfangreiche Bedeutungskarriere hinter sich. Er gehört, vor allem in Verbindung mit dem Zusatz „gerecht“, zu den am meisten missbrauchten Wörtern der deutschen Sprache.

So hat sich im allgemeinen Bewusstsein eine sozialpolitisch aufgeladene Definition durchgesetzt, die unter „sozial“ vor allem Eines versteht: „materiellen Ausgleich“. Dahinter verbirgt sich dann zwangsläufig die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit mit dem Argument vorhandener Bedürftigkeit und Benachteiligung.

Zweierlei ist an diesem Verständnis problematisch:

- Es sieht die primäre Aufgabe politischen Handelns darin, eine Balance in einer als ungleichgewichtig begriffenen Gesellschaft zu schaffen; damit orientiert es sich nicht primär an der Optimierung oder Mehrung gesellschaftlicher Ressourcen, sondern lediglich an deren Verteilung;
- Es läuft Gefahr, viele Menschen zu bevormunden, statt sie als Individuen mit Handlungskompetenz und Eigenverantwortung ernst zu nehmen.

Umso wichtiger ist es, sich der ursprünglichen Bedeutung des „Sozialen“ zu erinnern. Eigentlich kommt das Wort aus dem Lateinischen („socius“), wo es bedeutet „auf die Gemeinschaft bezogen“, im Gegensatz zur rein egoistisch individuellen Vorteilnahme.

Diese Definition ist auch im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft gedacht:

„Sozial“ ist zunächst das,

- was nicht nur dem Einzelnen, sondern „der Gemeinschaft als Ganzes“ dient,

- was ihren Zusammenhalt,
- aber auch ihre Entwicklung stärkt.

So gesehen ist eine Marktwirtschaft schon aus sich heraus sozial.

Blickt man indes auf die hiesige Sozialgesetzgebung, hat man jedoch eher den Eindruck, sich im Labyrinth von Daidalos zu befinden. Daidalos erhielt vom König Minos auf Kreta den Auftrag, ein Labyrinth zu bauen, um den Minotaurus, halb Mensch, halb Stier, ein gefährliches und rabiates Untier, wegzusperren. Dieses Labyrinth war so geschickt ausgeheckt, dass selbst Daidalos, der Erbauer, kaum den Weg ins Freie fand, nachdem er es fertig gestellt hatte.

Wir befinden uns heute in einer ähnlichen Situation der mangelnden Orientierung. Man dachte in Deutschland lange Zeit, man würde das Soziale in unserem Staat stärken, wenn man dem Marktradikalismus, dem „Raubtier- und Turbokapitalismus“ Fesseln anlegt. Leider hat man das Gegenteil bewirkt. Indem man den Mechanismus der Sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt hat, wurde unsere Wirtschaftsordnung der Chance

beraubt, Wachstumspotenzial zu nutzen und so Wohlstand für alle zu schaffen.

- Statt Freiheit zu fördern, haben wir sie immer mehr in Bürokratie erstickt: Das Bundesgesetzblatt, in dem alle neuen Gesetze veröffentlicht werden, hatte in den 50er Jahren im Durchschnitt 1.054 Seiten. Heute hat es im Jahresdurchschnitt einen Umfang von über 3.700 Seiten. Wir haben in Deutschland mittlerweile mehr als 1.900 Gesetze, sowie fast 3.000 Rechtsverordnungen und rund 85.000 Einzelvorschriften.
- Statt in Deutschland Wettbewerb zu fördern, haben wir ihn gelähmt, zum Beispiel durch Subventionen und Ausnahmeregelungen für einzelne Branchen der Wirtschaft. Trotz Finanznot verteilt der Staat 165 Milliarden Euro an Subventionen. Das sind etwa 6 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts.

Hier scheint man zu ignorieren, welche Segnungen der Wettbewerb im Grunde für die Gesellschaft mit sich bringt.

### Wettbewerb als soziales Element der Marktwirtschaft

Friedrich Nietzsche hat einst gesagt „Wir leben in einem System, in dem man entweder Rad sein muss oder unter die Räder gerät“. Und: Er hat Recht, was den Wettbewerb angeht. Wo Wettbewerb ist, da regiert Darwinismus.

Die vermeintliche Schattenseite des Wettbewerbs ist das ständige Ringen um das eigene Überleben am Markt. Betriebe, die in diesem Wettlauf um die Gunst der Kunden nicht mithalten können, weil sie zu teuer, zu träge oder zu altmodisch sind, scheiden am Ende aus dem Markt aus – mit allen Konsequenzen für Arbeitsplätze, Standort und persönliches Schicksal.

Dennoch spricht sich der Soziologe Stefan Hradil dafür aus, „den Markt wirken zu lassen, wo immer möglich, denn der Markt ist ein entscheidender Weg zu mehr Gerechtigkeit“

#### Nur Markt und Wettbewerb

- sorgen für ein breites Warenangebot zu günstigen Preisen;
- sie sorgen für Innovationen;
- und sie sorgen für technischen Fortschritt;

all dies zum Wohle der Bevölkerung.

Nur Markt und Wettbewerb

- verteilen Einkommen und Gewinn nach Angebot und Nachfrage und nach individueller Leistung.

Das ist in einem menschlichen Sinne gerecht, denn Anstrengung und Leistungsbereitschaft werden honoriert.

Nur Markt und Wettbewerb

- verhindern die Verschwendung von Ressourcen, gerade auch menschlicher Ressourcen.

Nur Markt und Wettbewerb

- unterbinden eine übermäßige Ansammlung von Marktmacht.

Das sichert die Angebotsvielfalt und damit die Wahlfreiheit der Konsumenten.

Damit hat der Wettbewerbsgedanke etwas zutiefst „Soziales“: Er befriedigt die Bedürfnisse der Bevölkerung, indem er dafür sorgt, dass sich leistungsfähige und preiswerte Produkte auf dem Markt durchsetzen und immer fortschrittlichere Lösungen entstehen. Wettbewerb ist ein Treiber für

Fortschritt, Konkurrenz beflügelt die Suche nach besseren Lösungen.

Markt und Wettbewerb haben eine ähnliche Wirkung wie die Nächstenliebe. Die Unternehmen sind gezwungen, ihren präsumptiven Kunden ständig etwas Gutes zu tun, weil sie nur so deren Geld und entsprechenden Umsatz bekommen. Bei der dahinter stehenden Ethik handelt es sich zwar nicht um Motivations-Ethik, sondern um Ergebnis-Ethik, die jedoch nicht weniger wertvoll ist.

An dieser Stelle ist es notwendig, auch wieder in Erinnerung zu rufen, worin der gesellschaftliche Auftrag, ja die Existenzberechtigung der Unternehmer liegt:

Nämlich darin, der Bevölkerung Produkte und Dienstleistungen zu einem möglichst günstigen Preis-Leistungsverhältnis zur Verfügung zu stellen.

Das ist ihr oberster Auftrag und nicht der,

- Gewinn zu erwirtschaften oder
- überhaupt Arbeitsplätze zu schaffen.

„Wie“ Unternehmen ihren Auftrag erfüllen, ist dabei nicht unerheblich. So sollten Unternehmer nicht nur diesen Auftrag einfach wahrnehmen, sondern ihn als ehrbare Kaufleute erfüllen. Das heißt:

- ihr Handeln sollte von Redlichkeit geprägt sein, d.h. von Tüchtigkeit auf der einen und Ehrlichkeit auf der anderen Seite;
- sie sollten nicht nur shareholder, sondern auch die anderen stakeholder bedienen;
- sie sollten ihren Job tun und nach Wettbewerbsfähigkeit streben, ohne dass ihr Tun der Gesellschaft Kollateralschäden hinzufügt.

Die Gesellschaft hat keinen Anspruch auf unternehmerische Wohltaten. Worauf Sie jedoch Anspruch hat, ist, von den Unternehmen nicht geschädigt zu werden. Dies entspricht meinem Verständnis von Corporate Social Responsibility, wobei die korrekte Übersetzung hier nicht soziale Verantwortung, sondern gesellschaftliche Verantwortung lautet. Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen bezieht sich nach meinem Verständnis auf die ganze

Wertschöpfungskette des Kerngeschäfts, aber sicher nicht auf die Wahrnehmung an sich staatlicher Aufgaben.

Vor allem müssen wir Unternehmen darauf achten, uns nicht in einen Ablasshandel hinein manipulieren zu lassen. Das wäre so, wie wenn die Firma Rodenstock glaubt, das Herstellen und Verkaufen von Brillen sei eine minderwertige, sogar schädliche Tätigkeit, und dafür zum Ausgleich eine Konzertreihe sponsert.

Gestatten Sie mir auch anzumerken, dass wir bei der Frage nach der sozialen Verantwortung der Unternehmen auch die „Macht“ und Verantwortung der Konsumenten in den Blick nehmen müssen. Die Präferenz unserer Kunden beschränkt sich nämlich nicht auf Produkte sondern erstreckt sich häufig auch auf das Verhalten des Unternehmens als „Corporate Citizen“. So gesehen, ist die Moral eines Unternehmens auch eine Funktion der Konsumentenmoral.

Wir haben uns jetzt mit der Rolle der Unternehmen befasst. Die Rolle des Staates und der verantwortlichen Politiker ist natürlich eine andere.

Zunächst einmal müssen sie ganz im Sinne eines richtig verstandenen Neo-Liberalismus einen funktionsfähigen und kraftvollen Rahmen für die Marktwirtschaft schaffen.

Darüber hinaus ist es ihre Pflicht, der Bevölkerung Orientierung zu geben, nicht zuletzt, was die Soziale Marktwirtschaft betrifft. Dazu müssen sie zunächst selbst die Funktionsweise und die Wirkungszusammenhänge einer Sozialen Marktwirtschaft verinnerlichen und dies dann überzeugend an die Bevölkerung weiter tragen.

Genauso müssen die politisch Verantwortlichen einsehen, dass unsere real existierende Soziale Marktwirtschaft die erwähnten Defizite aufweist und dringend einer Erneuerung bedarf. Eine weitere Leitlinie für die Politik besteht darin, für Nachhaltigkeit zu sorgen.

Staatsverschuldung, Haftung und Gerechtigkeit

*„Schulden sind die Sklavenfessel des Freien.“*

(Publilius Syrus, römischer Autor, 1 Jhd. vor Chr.)

Schulden zu haben ist schlecht. Allein schon, weil die internationale Finanzwelt zu hohe Staatsschulden

nicht ungestraft hinnimmt, wie wir gerade am Beispiel Griechenlands leidvoll erfahren.

Sie werden sich fragen, was hat dies mit dem Sozialstaat zu tun? Sehr viel, denn: Unser Sozialstaat ist nicht nachhaltig, sondern auf Pump gebaut. Die explizite Staatsverschuldung Deutschlands wird am Ende dieser Legislaturperiode rund 2.000 Milliarden Euro betragen, 80 % unserer Bruttoinlandsproduktes. Das ist nicht sehr weit von griechischen Verhältnissen entfernt.

Unsere implizite Staatsverschuldung – also die zukünftigen Ansprüche an Renten- und Krankenversicherung, die bereits durch vergangene Einzahlungen erworben wurden, mit eingerechnet – beträgt sogar 270 Prozent unserer jährlichen gesamten Wirtschaftsleistung!

Das ist weder sozial noch hat es etwas mit Generationengerechtigkeit zu tun. Einer schrumpfenden jungen Generation liegen riesige Altlasten von vielen aus den früheren Generationen wie Blei auf den Schultern.

Dies ist schon ein bisschen viel an „sozialer“ Anforderung, finden Sie nicht auch? Da kann man sich schon die Frage stellen, ob unsere Marktwirtschaft so viel „Soziales“ verträgt?

Jetzt geht es ums Sanieren der Haushalte. Sanieren heißt hier nicht etwa Steuern erhöhen, sondern sparen. Wir haben in Deutschland nämlich kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. In diesem Sinne müssen auch die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung reformiert werden. Außerdem gilt es, die Abläufe in den öffentlichen Verwaltungen effizienter zu gestalten und die überbordende Bürokratie einzudämmen.

Zum Sanieren gehört auch das Investieren, nicht zuletzt materiell in neue Klimaschutzeinrichtungen. Immaterielle Investitionen haben sich in erster Linie auf den Bildungssektor zu richten, um Chancen, Beteiligungs- und Generationengerechtigkeit im nötigen Maße herzustellen.

Wenn heute bei uns 20 % eines Schülerjahrgangs als nicht berufsbildungsfähig zu gelten haben, so wissen wir, dass dies praktisch die Arbeitslosen von morgen sind.

Ebenso tragisch scheint mir, dass sich Bildungsarmut immer weiter vererbt. So gelten 47 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der zweiten und dritten Generation immer noch als bildungsarm. Dies hat wirklich mit Chancengerechtigkeit nichts zu tun.

Dabei ist es bezeichnend, dass in Deutschland sieben mal so viel für „Soziales“ ausgegeben wird wie für Bildung. Das muss sich ändern.

Wie gewaltig die Sanierungsaufgabe ist, zeigt folgendes Zahlenspiel:

Addiert man im derzeitigen Bundeshaushalt die drei größten Posten auf der Ausgabenseite, nämlich

- Arbeit und Soziales: 143 Milliarden Euro;
- Zins- und Schuldentilgung: 39 Milliarden Euro;
- Verteidigung: 31 Milliarden Euro,

dann bleiben von den tatsächlichen Einnahmen – vor Kreditaufnahme – gerade einmal knapp 26 Milliarden Euro für alle weiteren Belange des Haushalts übrig. Der Rest ist auf Pump finanziert.

Wie also, meine Damen und Herren, können wir diese neuen Herausforderungen bewältigen?

Wir brauchen etwas, was ich einen „Neuen Deal“ nennen möchte. Er beruht vor allem auf einem neuen Verständnis von Gerechtigkeit:

Bisher haben wir in diesem Land unter Gerechtigkeit v. a.

- Verteilungsgerechtigkeit und
- Bedürfnisgerechtigkeit

verstanden.

Dieses Verständnis von Gerechtigkeit haben viele von uns zuhause gelernt. Es ist uns deswegen in Fleisch und Blut übergegangen.

Dieses Verständnis von Gerechtigkeit ist jedoch nicht hilfreich für das, was jetzt von uns gefordert ist. Es ist nämlich rückwärts gewandt.

Wir müssen uns vielmehr in unserem Entscheiden und Handeln an einem anderen, vorwärts gerichteten Gerechtigkeits-Verständnissen orientieren.

Was wir brauchen, ist mehr

- Beteiligungsgerechtigkeit,
- Chancengerechtigkeit,

- Generationengerechtigkeit

und dies in internationalen Dimensionen gedacht.

Ich habe die Rollen, die Unternehmen und verantwortlichen Politikern in diesem Deal zukommen, ja schon skizziert.

Meine Damen und Herren,

es ist deutlich geworden, dass der neue Deal von dem ich spreche und der auf einem neuen Verständnis von Gerechtigkeit basiert, mit Zumutungen für viele verbunden sein wird.

Deswegen erscheint es mir wichtig, diesen neuen Deal mit einer Vision zu verbinden, die eine ideelle wie eine materielle Seite hat.

Die ideelle:

Wir werden in einer Gesellschaft leben, die mehr Gerechtigkeit bietet und deren Gerechtigkeitsverständnis zukunftsorientiert ist.

Die materielle:

Sollten wir uns auf diesen neuen Deal einlassen, so können wir erwarten, dass unser Wohlstand deutlich steigt. Eine Studie zeigt, dass das inflationsbereinigte, durchschnittliche

Haushaltsnettoeinkommens in 20 Jahren dann 40 Prozent höher liegen kann, als wenn wir so weiter machen wie bisher. Dies ist doch eine vielversprechende Vision.

Eine Vision, die alle Gesellschaftsmitglieder entsprechend ihrer Fähigkeiten einbindet und fordert, bei der Gestaltung unserer Zukunft mitzuwirken.

Lassen wir uns ermutigen, jetzt an die Arbeit zugehen. Ich glaube fest an unsere Gestaltungskraft!  
Ich wünsche Ihnen guten Erfolg!